

zum Kreistag am 24.10.2022, TOP 8

Hinweis für die Presse: Bitte nicht vor dem Sitzungstermin veröffentlichen.

Landkreis Ebersberg

Ebersberg, 13.10.2022

Az.

Zuständig: Katja Witschaß, ☎

Vorgesehene Beratungsreihenfolge

Kreistag am 24.10.2022, Ö

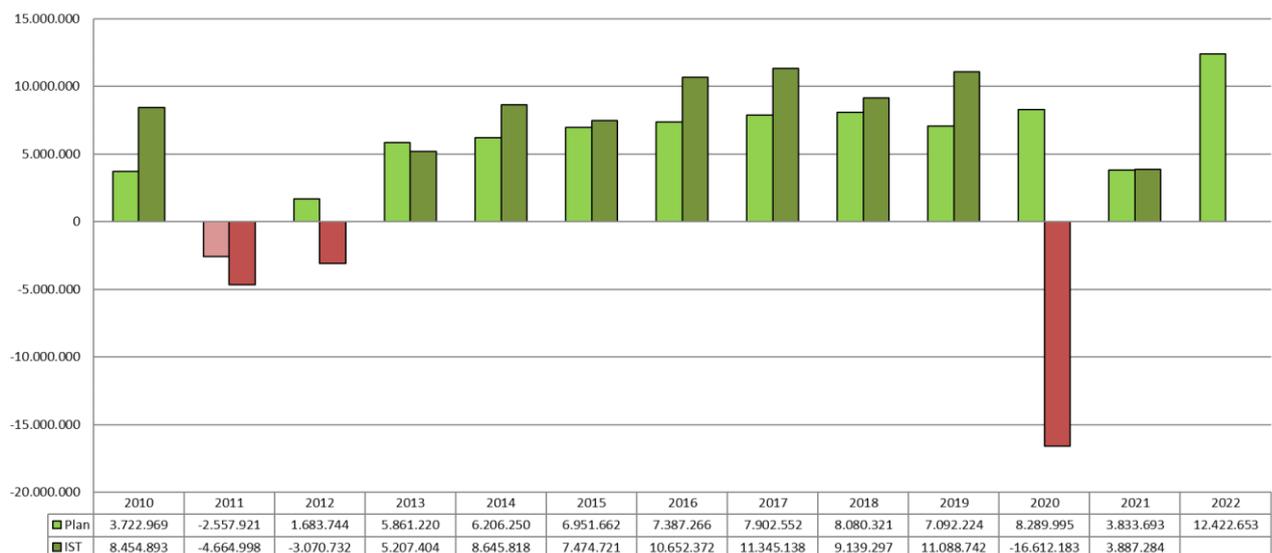
Information über die Haushaltsentwicklung 2022

Sitzungsvorlage 2021/0570/1

I. Sachverhalt:

Cockpit:

Die nachfolgende Grafik zeigt die geplanten und tatsächlich realisierten Jahresergebnisse von 2010 bis 2022:



Seit 2013 sind die Ergebnisse wieder positiv und erreichten im Haushaltsjahr 2017 mit rund 11,3 Mio. € den bisher höchsten Wert. Durch die Rückzahlung der Gewerbesteuer musste im Jahr 2020 ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 16,6 Mio. € ausgewiesen werden. Für das Jahr 2022 wurde ein Ergebnisüberschuss in Höhe von rund 12,4 Mio. € geplant.

Vertiefende Betrachtung (Stand 23.09.2022):

Die nachfolgende Tabelle zeigt die IST-Ausgaben des Kreishaushalts jeweils vom 1.1. bis 31.8. eines Jahres sowie in den beiden letzten Spalten den Haushaltsplan und die Planerfüllung. Die Analyse zeigt, dass 2022 die Erträge zu 61 % realisiert sind. Zum jetzigen Zeitpunkt liegen diese um ca. 5,1 Mio. € über den Werten des Vorjahres. Aufgrund der Erhöhung

der Kreisumlage um 1%-Punkt fallen die Erträge im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 10,5 Mio. € höher aus. Im Gegensatz dazu gingen weniger Erträge für die Grunderwerbsteuer (1,1 Mio. €) im gleichen Vergleichszeitraum ein. Für die Kosten der Unterkunft sind ebenfalls die Erstattung für Juli, August und die Nachzahlungen aufgrund der Revision und der interkommunalen Umverteilung in 2022 noch nicht erfolgt. Außerdem erhielten wir 2021 zu viele Zuschüsse für die Luftreinigungsgeräte vom Land, welche zurückgezahlt werden mussten. Die Buchung der Rückzahlung erfolgte nach dem hier aufgeführten Stichtag. Im Vergleichszeitraum sind somit weniger Erträge verbucht. Weiterhin sind im Vergleichszeitraum weniger Erstattungen bezüglich Corona eingegangen, weil die Aufwendungen für das Impfzentrum und damit die Erstattungen in 2022 stark zurückgegangen sind. Des Weiteren wird das Diagnostikzentrum 2022 direkt über den Staatshaushalt finanziert.

Die Aufwendungen liegen bei 61 % und liegen um ca. 2,4 Mio. € über den Vorjahreswerten. Ca. 1 Mio.€ ist an Defizitausgleich an die Kreisklinik gezahlt wurden. Außerdem erfolgten im Vergleichszeitraum bereits mehr Ausgaben für zum Beispiel die Grundsicherung, Jugendhilfe und Geldleistungen im Bereich Asyl.

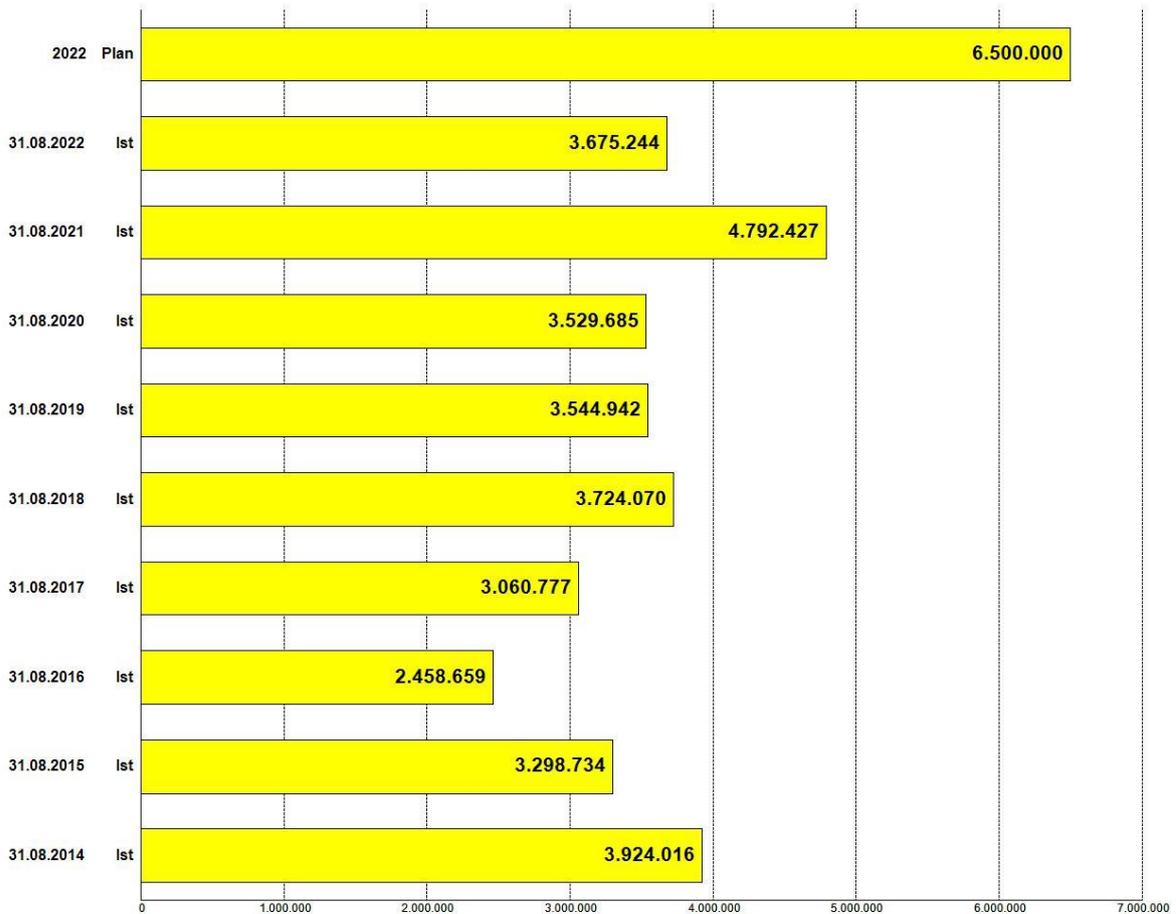
Die Nettobetrachtung des Ergebnisses liegt zum 31.08.2022 bei ca. 7,2 Mio. €, und damit zum Stichtag unter der Planung 2022 (12,4 Mio. €). Es handelt sich bei diesen Werten nur um eine Momentaufnahme zum Stichtag.

Dies zeigt sich auch an den folgenden ausgewählten Positionen, welche volumenmäßig von großer Bedeutung für die Haushaltsentwicklung sind.

	Ist				Plan	Erfüllung in %
	zum 31.08.				Jan - Dez	
	2019	2020	2021	2022	2022	
010 Steuern und ähnliche Abgaben	-59.790	-59.790	-59.790	-59.790	-59.790	100%
020 + Zuwendungen und allg. Umlagen	-78.142.483	-85.958.920	-87.009.570	-94.543.035	-148.533.721	64%
030 + Sonstige Transfererträge	-1.846.146	-1.208.166	-1.325.611	-1.646.704	-1.836.259	90%
040 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-690.744	-707.230	-849.962	-780.917	-1.133.000	69%
045 + Erträge a.d.Auflösung v.Sonderposten	-834.519	-1.009.813	-1.109.983	-778.841	-1.647.151	47%
050 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	-522.047	-656.130	-508.203	-572.492	-803.653	71%
060 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-9.895.700	-14.686.260	-19.972.020	-16.748.616	-35.537.337	47%
070 + Sonstige ordentliche Erträge	-380.655	-100.249	-113.810	-895.319	-719.111	125%
100 = Ordentliche Erträge	-92.372.084	-104.386.559	-110.948.950	-116.025.716	-190.270.021	61%
110 - Personalaufwendungen	14.597.087	16.263.476	17.160.126	17.847.587	29.602.121	60%
130 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10.976.429	13.791.895	22.297.357	20.422.225	35.843.944	57%
140 - Bilanzielle Abschreibungen	4.048.531	4.555.202	4.747.115	3.162.305	9.230.774	34%
143 - Transferaufwendungen	47.570.652	48.666.696	48.277.783	52.887.216	79.911.305	66%
160 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	9.237.551	12.619.591	12.976.747	13.501.285	22.984.206	59%

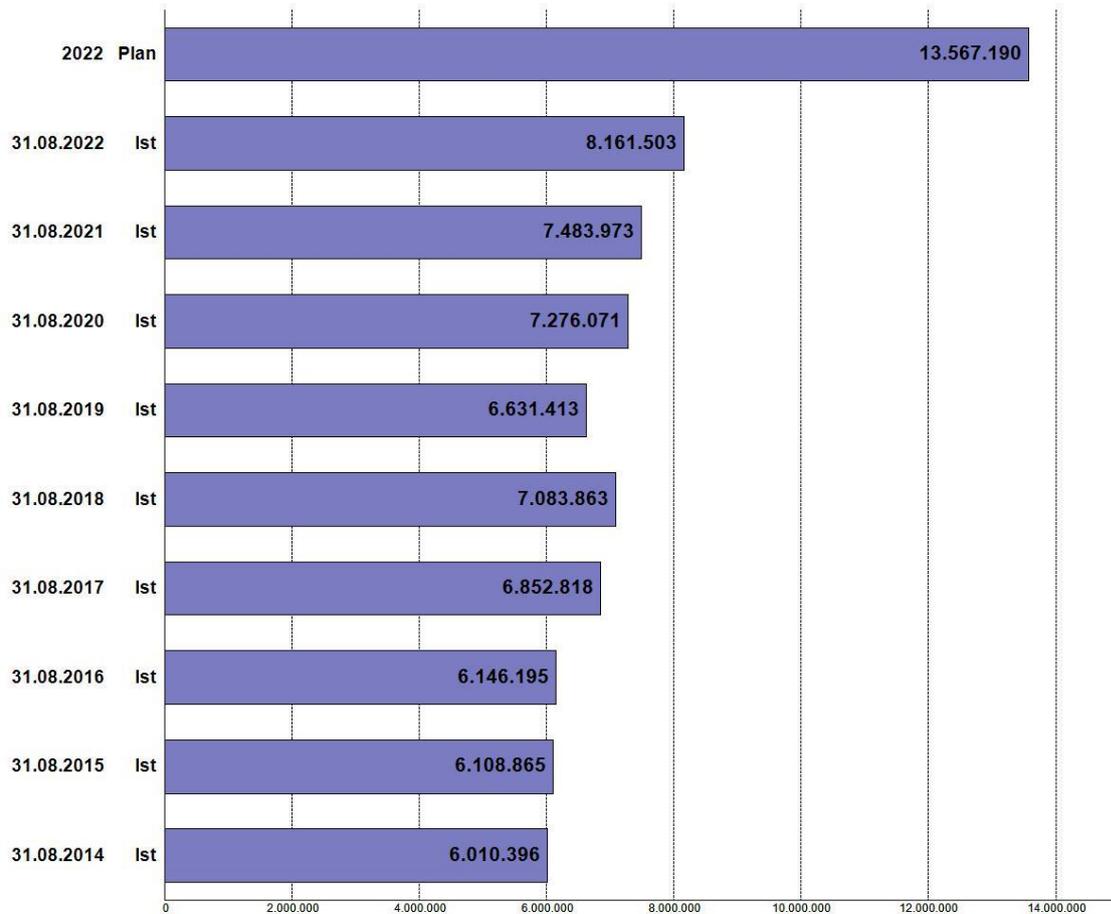
	Ist				Plan	Erfüllung in %
	zum 31.08.				Jan - Dez	
	2019	2020	2021	2022	2022	
170 = Ordentliche Aufwendungen	86.430.250	95.896.859	105.459.128	107.820.617	177.572.350	61%
180 = Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=Zeilen 100 und 170)	-5.941.834	-8.489.701	-5.489.822	-8.205.099	-12.697.671	65%
190 + Finanzerträge	-145.755	-156.598	-122.389	-70.000	-107.406	65%
200 - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	265.634	207.343	156.966	1.083.858	382.424	283%
210 = Finanzergebnis (=Zeilen 190 und 200)	119.879	50.745	34.577	1.013.859	275.018	369%
220 =Ordentliches Ergebnis (=Zeilen 180 u 210)	-5.821.955	-8.438.955	-5.455.245	-7.191.240	-12.422.653	58%
230 + außerordentliche Erträge	-800	0	-33.032	23.446	0	0%
240 - außerordentliche Aufwendungen	284	987	1.514	85	0	0%
250 = außerordentliches Ergebnis (=Zeilen 230 u.240)	-516	987	-31.518	23.531	0	0%
260 = Jahresergebnis vor interner Leistungsverrechnung (=Zeilen 220 und 250)	-5.822.470	-8.437.968	-5.486.763	-7.167.709	-12.422.653	58%
270 + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	-397.621	0%
280 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	397.621	0%
300 = Jahresergebnis (=Zeilen 260, 270, 280)	-5.822.470	-8.437.968	-5.486.763	-7.167.709	-12.422.653	58%

Entwicklung der Grunderwerbsteuer:



Es fehlen noch 5 Monatseingänge. Die Entwicklung der Grunderwerbsteuer liegt mit 3.675.244 € zum 31.08. um ca. 1,1 Mio. € unter dem Vorjahr. Der Planansatz in Höhe von 6,5 Mio. € ist aufgrund der guten Ertragslage im Vorjahr um 0,5 Mio. € erhöht worden. Nach jetzigem Kenntnisstand wird davon ausgegangen, dass der **Planansatz um 0,6 Mio. € unterschritten wird.**

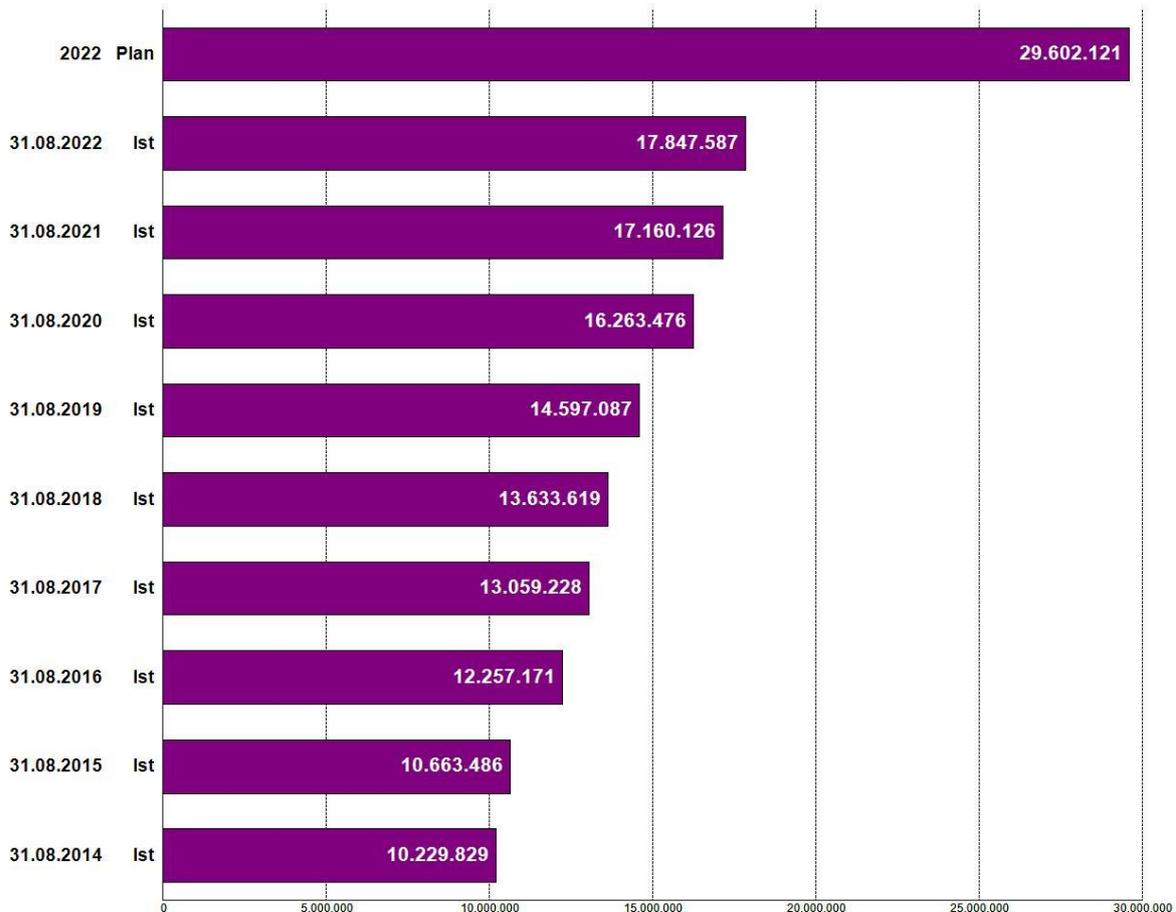
Ein Blick auf den aktuellen Ergebnisstand des Liegenschaftsamtes (Kostenstellen 941 bis 999, inkl. Kst. 930):



Die 13,6 Mio. €, die 2022 zur Verfügung stehen, werden nach derzeitigem Stand **um rund 632.200 € überschritten**. Zum 31.08.2022 sind bereits 8,2 Mio. € abgeflossen und damit um 677.530 € über dem Vorjahreswert.

Die Schwerpunkte der Baumaßnahmen liegen wie in jedem Jahr in den Sommerferien und werden im Herbst abgerechnet.

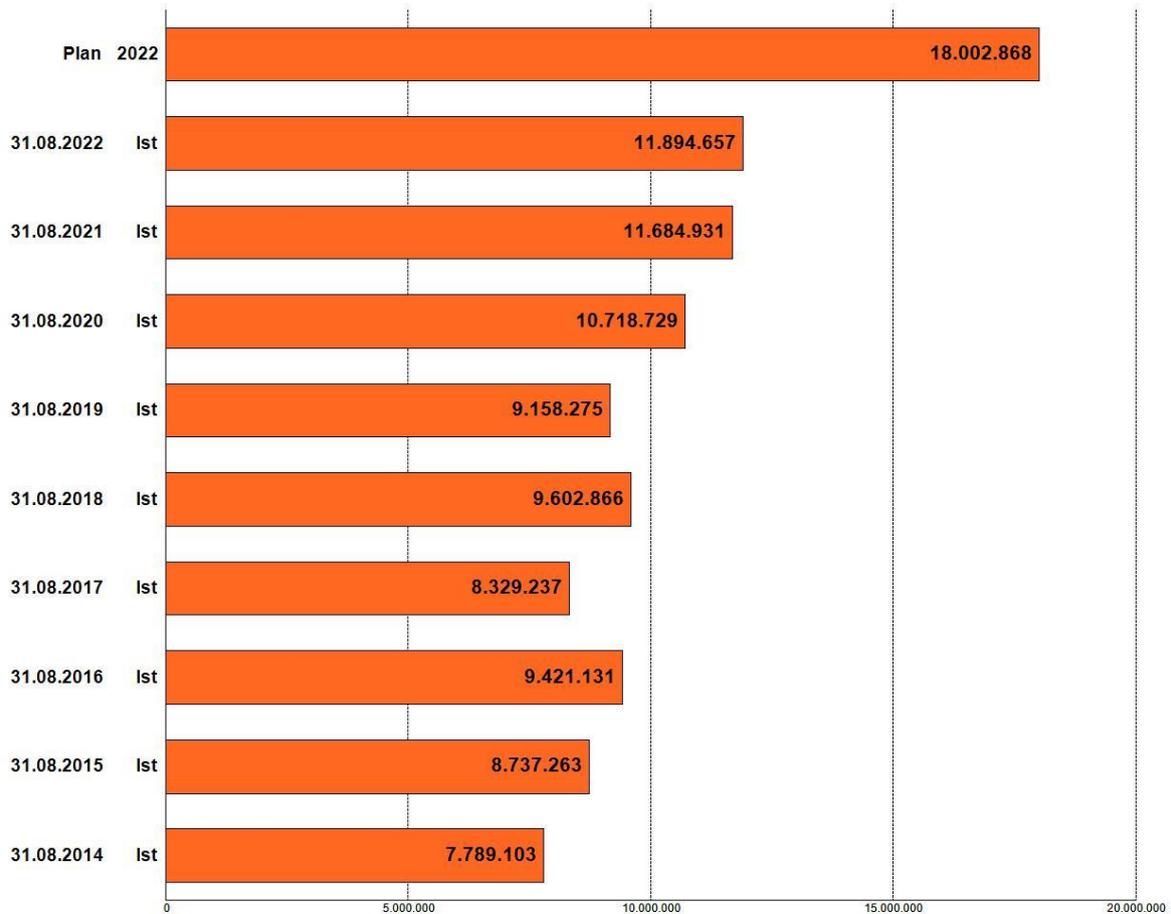
Ein Blick auf die Personalaufwendungen:



Die Personalaufwendungen liegen zum Stichtag um rund 687.000 € über dem Vorjahr. Zum 31.08.2022 wurden bereits 60,3 % der geplanten Personalkosten verbucht.

Die Personalaufwendungen wurden 2022 mit rund 29,6 Mio. € geplant. Laut Zwischenbericht wird für das Jahr 2022 unter Berücksichtigung voraussichtlicher Neueinstellungen in 2022 von einer **Überschreitung in Höhe von 322.450 €** ausgegangen. Der Grund für die Überschreitung liegt in den höheren Ausgaben im Bereich der Beamtenversorgung sowie bei den Ausgaben für die Tarifbeschäftigten. Hintergrund ist hier die Nachbesetzung von drei Beschäftigten durch Beamte, die Besetzung der Reservestelle und die Nachbesetzung von Staatspersonal durch Kreispersonal. Zusätzliche Stellen aus Stellenresten, Höhergruppierungen, Arbeitszeiterhöhungen bzw. personenbedingte Änderungen sind ebenfalls für den Mehrbedarf verantwortlich. Darüber hinaus sind Mehrkosten aufgrund des Tarifabschlusses im Sozial- und Erziehungsdienst enthalten. Demgegenüber stehen geringeren Ausgaben für die Beihilfe aufgrund des Wegfalls des Zusatzbeitrages.

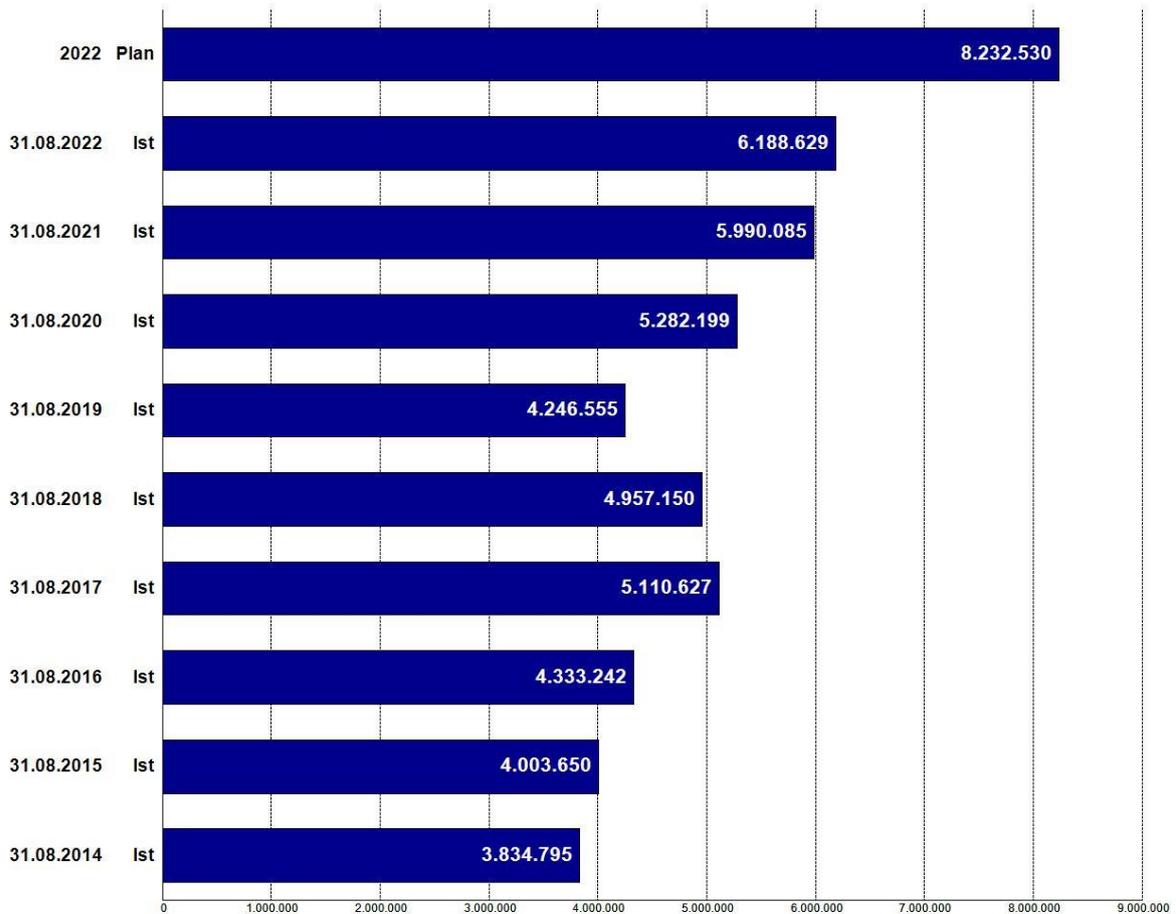
Ein Blick auf die Entwicklung in der Jugendhilfe:



Das Teilbudget wurde gegenüber dem Vorjahr um 2,1 Mio. € erhöht. Der Ausschöpfungsgrad zum 31.08.2022 liegt mit 11,9 Mio. € bei 66 %. Grund sind die nach wie vor sehr hohen Kosten für die einzelnen Leistungen, insbesondere die Tagessätze in den stationären Hilfen, die aller Voraussicht nach auch dieses Jahr für eine Überschreitung der Planwerte sorgen werden.

Das Jugendamt erwartet für das Jahr 2022 nach derzeitigem Sachstand eine **Überschreitung** des Budgets von bis zu **1 Mio. €**.

Entwicklung der Unterkunftskosten im Bereich des **Jobcenters** (Kostenträger 2511):

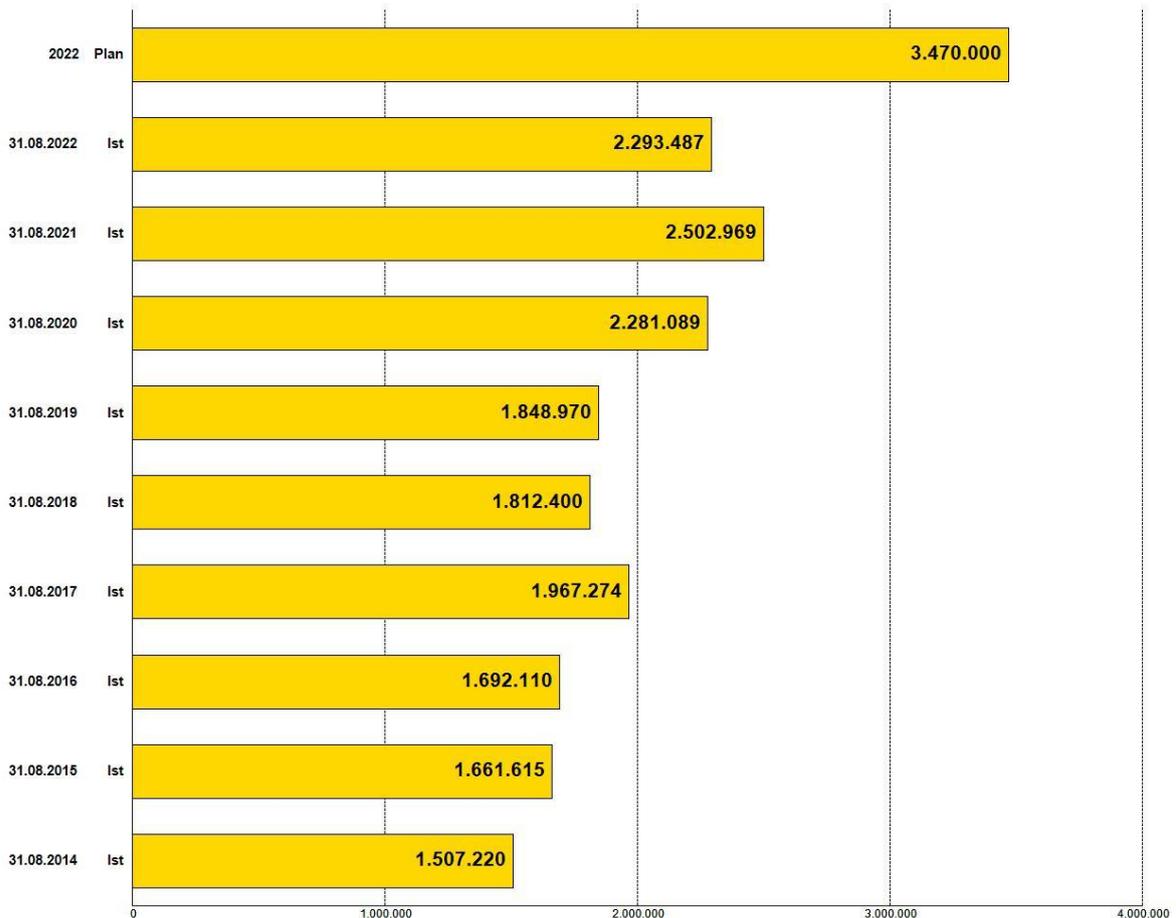


Die gesamten Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft liegen zum 31.08.2022 um 198.544 € über dem Vorjahr. Zum 31.08.2022 sind ca. 75 % der geplanten Kosten für die Kosten der Unterkunft ausgeschöpft.

Die Planung für das Jahr 2022 basiert auf 1.300 Bedarfsgemeinschaften. Das Jobcenter geht mittlerweile aufgrund der Gesetzesänderung für die Ukraine-Flüchtlinge von einem Mittelwert von 1.480 Bedarfsgemeinschaften ($1.480 \text{ BG} \times 496 \text{ €} \times 12 \text{ Monate} = 8.810.000 \text{ €}$) für 2022 aus. Dies entspricht einer Erhöhung in 2022 um 900.000 €, das sind 11,3 %.

In der Gesamtbetrachtung wird für die Kostenstelle des Jobcenters nach neuen Hochrechnungen mit einer **Planüberschreitung in Höhe von 880.000 € gerechnet**. In dieser Hochrechnung sind nicht nur die erhöhten Ausgaben für Unterkunft und Heizung berücksichtigt, sondern auch die Erstattungen für die KDU sowie die Revision 2022 und die interkommunale Umverteilung mit einer Nachzahlung von 345.000 € für das Jahr 2022.

Entwicklung der Kosten der **Grundsicherung** (Kostenträger 2264 und 2265):



Seit 2014 werden die kompletten Kosten der Grundsicherung vom Bund übernommen, was angesichts der tendenziell steigenden Fallzahlen eine bedeutende Entlastung für den Kreishaushalt darstellt. Zum 31.08.2022 sind dafür Aufwendungen in Höhe von 2,3 Mio. € entstanden, der Planansatz beträgt 3,5 Mio. €. Das Sozialamt prognostiziert für das Jahr 2022 nach aktuellen Einschätzungen eine Planüberschreitung in Höhe von 180.000 € aufgrund der Rechtsänderung bezüglich der coronabedingten Einmalzahlungen und der ukrainischen Flüchtlinge.

Der Kreis- und Strategieausschuss hat am 10.10.2022 den Bericht zur Kenntnis genommen.

Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- ja, positiv
- ja, negativ
- nein

Auswirkung auf Haushalt:

Insgesamt wird für das Haushaltsjahr 2022 eine negative Entwicklung des Gesamthaushaltes erwartet. Die geplanten Ergebnisüberschüsse können aus heutiger Sicht **um bis zu 2,8 Mio. € niedriger** ausfallen.

II. Beschlussvorschlag:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

In einem Jahr wird dem Kreis- und Strategieausschuss und dem Kreistag in dieser Form wieder berichtet.

gez.

Katja Witschaß